Das setzt zu allererst den freien und gleichen Zugang zu den neuen Kommunikationswegen voraus. Neue soziale Spaltungen in der Informationsgesellschaft müssen verhindert werden. Und: die Nutzerinnen und Nutzer müssen in die Lage versetzt werden, die elektronischen Medien bewußt auswählend, kooperativ und diskursiv zu nutzen. An die Evaluation und Qualitätssicherung wissenschaftlichen Arbeitens werden erhöhte Anforderungen gestellt.

Diese Hoffnung richtet sich natürlich nicht nur auf den Wissenschaftsbetrieb, doch kommt den Hochschulen bei der demokratischen und sozialen Gestaltung der Informationsgesellschaft eine herausragende Rolle zu. Welche Herausforderungen die Hochschulen dabei zu bewältigen haben und wie ihre Erfahrungen für die Gesellschaft genutzt werden können, war Gegenstand der Tagung »Hochschulen in der Informationsgesellschaft« am 14. Juni 1997 im Willy-Brandt-Haus in Berlin, die von der Initiative »Informationsgesellschaft – Medien – Demokratie« (IMD), den Juso-Hochschulgruppen und dem Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie gemeinsam veranstaltet wurde. Die IMD, die sich Anfang 1996 mit der Durchführung eines großen medienpolitischen Kongresses in Hamburg konstituiert hat, will die Medienpolitik in unserem Land kritisch begleiten und mit dem Ziel einer Demokratisierung der Informationsgesellschaft beeinflussen. Das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie beteiligt sich aktiv an dieser von Gewerkschaften, Wissenschaftlern sowie medienpolitischen Experten und Interessierten getragenen Initiative. Ziel unserer gemeinsamen Veranstaltung war es, Interessierte aus den Hochschulen – Studierende, Lehrende und Forschende aus den verschiedenen Disziplinen – zusammenzubringen und in den Diskurs über Veränderungen, Herausforderungen und Perspektiven der Hochschulen in der Informationsgesellschaft einzutreten. Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind diesem Anstoß zur Diskussion gefolgt. Im Mittelpunkt stand schließlich der Austausch der Hochschulangehörigen mit PolitikerInnen über die notwendigen Schritte zur Gestaltung der Informationsgesellschaft. Das vorliegende Heft, das die Diskussionsbeiträge der Veranstaltung dokumentiert, soll der Verbreiterung dieses Dialogs dienen. Aus diesem Grund stellen wir auch den Leitantrag »Von der Utopie zur Wirklichkeit: Aufbruch in die Informatioonsgesellschaft« zum SPD-Bundesparteitag 1997 hier zur Diskussion. Eine gute Gelegenheit zur Bündelung und Fortsetzung der begonnenen Diskussionen wird der zweite große Kongreß der IMD-Initiative am 12. bis 14. Juni 1998 in Frankfurt am Main bieten.

Einführung

Dr. Rainer Rilling, IMD / BdWi

Daß sie alle hier sind, dementiert all jene, die sagen, »Hochschulpolitik« und »Informationsgesellschaft« seien politisch kein Thema. Zumindest die Kombination der Themen motiviert ganz offensichtlich, und ich freue mich über die große Resonanz. Die IMD-Initiative ist im Zusammenhang mit dem gleichnamigen Hamburger Kongress Anfang 1996 entstanden; in ihr arbeiten der Deutsche Journalisten-Verband, die IG Medien, das Institut für Informations- und Kommunikationsökologie, das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, die HBV, die Iserlohner Initiative für demokratische Medien, der BdWi, das FIfF, die Deutsche Postgewerkschaft, Vertreter der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen sowie der Fraktion Die Grünen im Europäischen Parlament, die Juso-Hochschulgruppen sowie die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft zusammen. Die IMD ist also ein nicht gerade üblicher Organisationsverbund, aber sie ist auch ein Verbund von Interessierten: nämlich ein mittels dbase 4 (ich glaube: aus dem Jahr 1986) verwalteter Adressatenkreis von mittlerweile fast 800 Menschen, die wir zum Teil mit Recht schon korrespondierende Mitglieder nennen können, darunter die nunmehr über 300 Subskribenten der IMD-Mailingliste, die mittlerweile zur größten bundesdeutschen Mailingliste geworden ist, die politische Fragen der Informationsgesellschaft zum Thema hat. Die IMD hat letztes wie dieses Jahr workshops und Tagungen durchgeführt, wir publizieren und versuchen ein Medium der Verständigung und politischen Öffentlichkeit zu sein.

Wir fragen heute nach der Position und Entwicklungschance der Hochschulen im Spannungsfeld gesellschaftlicher Transformation (die wir vorläufig als Entwicklung zur Informationsgesellschaft charakterisieren, in der die elemaentaren Operationsweisen aller gesellschaftlichen Funktionssysteme wissensbasiert sind), der massenmedialen Entwicklung (insbesondere der Entwicklung computervermittelter Kommunikation) und der politischen Entwicklung (insbesondere in demokratiepolitischer Hinsicht).

Aus meiner Sicht will ich hinzufügen: eine offzielle Politik, deren finanzpolitisches Traktieren Größenordnungen hat, die auf die Schließung mehrerer Hochschulen hinausläuft und welche durch Kostensenkung, Studiengebühren und Globalhaushalte die Umstellung einer auf die allgemeinen Bildungsbedürfnisse nachfragenden Hochschule auf eine Einrichtung betreibt, deren Königsdisziplin die Betriebswirtschaftslehre ist und die sich nach kommerziellen und nicht kognitiven Maßstäben bemißt – eine solche Politik versucht informationsgesellschaftliche Entwicklungstrends aufzugreifen und für ihre Zwecke nutzbar zu

machen: die außerordentlichen Rationalisierungseffekte der Virtualisierung der universitären Lehre und Forschung stehen dabei an erster Stelle, die virtuelle Hochschule der Zukunft wird da gedacht als real institutionalisierter und sicherlich elitär arrangierter Kern und virtuell organisiertem umfänglichen Rand. Eine virtuelle Ordinarienuniversität auf Technobasis. Informationsgesellschaftliche Transformationsprozesse nur unter ihrem organisationseffektivierenden und kostensparenden Rationalisierungsaspekt zu fassen, ist zwar machtvoll, aber dumm. Verkannt wird, daß der informationsgesellschaftliche und neu-mediale Diskurs weit mehr als der zu klassischen Medien oder zu den anderen neuen Technologien à la Gen- oder Nukleartechnologie eine utopische Dimension besitzt, in der Rationalisierung nicht als Freisetzung, sondern als Befreiung gedacht wird, die neue Selbstständigkeit – oder sagen wir besser: Autonomie, also z.B. Hochschulautonomie – nicht als Chance zur Verallgemeinerung der Freiheit zum Verkauf der eigenen und der Anwendung fremder Arbeitskraft zu sehen ist, sondern als Chance zur Selbstreflektion, Bildung und gesellschaftlichen Handlungsverantwortung.

Fünf Fragen will ich formulieren, die zwar nicht deckungsgleich sind mit der Formalstruktur unserer Tagung, aber sie durchziehen:

1. Welche Wandlungen in der Struktur wissenschaftlicher Arbeit sind möglich und politisch nötig, um eine Verbindung fachlicher, medientechnologischer und gesellschaftlich-politischer Kompetenzen zu erreichen?

2. Im Unterschied zu den vorgenannten sog. Groß- und oft Risikotechnologien spielen die Hochschulen nicht nur bei der technischen Konstruktion, sondern auch bei der Anwendung der Netztechnologie der neuen Netzwerkgesellschaft eine Schlüssel- oder sogar Avantgarderolle; die technikpolitischen, soziokulturellen und demokratiepolitischen Implikationen einer solchen Rolle der Universität sind kaum Thema, auch nicht an den Hochschulen – ein Fall nicht von Informationsüberflutung, sondern von Kommunikationsverhinderung.

3. Der vielleicht dramatischste soziale Vorgang der informationsgesellschaftlichen Transformation ist die Entstehung der »blurred boundaries«, von der Powell 1990 gesprochen hat, der Zusammenbruch und die ständige Neukombination sozialer Grenzen; Grenzmanagement wird zur Schlüsselaktivität auch für eine Einrichtung, die sich nunmehr endgültig von jeglicher Elfenbeinturmsidentität verabschieden muss, will sie eine Situation offensiv bearbeiten, in der die Differenz zwischen Hochschulorganisation und der übrigen Welt brüchig wird und man womöglich bald nicht mehr so recht sagen kann, wer eigentlich Hochschulmitglied ist; altdefinierte Mitgliedschaftsregeln zusammenbrechen und wir

herausfinden müssen, wie Erfahrungshintergründe, Wissen und Kulturen als Ressourcen der Idenditätsbildung bestellt werden können. Wo Hochschulen zu einer Kombination aus Datenspeicher, Kabel, Kommunikationscomputer und sehr lose gekoppelten Sozialstrukturen werden, die dem Kanzler ihrer Wahl als Betriebsvehikel dient, funktionieren die alten ordinarialen und anderen Sozialidentitäten und Arbeitsbeziehungen überhaupt nicht mehr, die wir in den letzten Jahrzehnten so sehr lieb gewonnen haben.

4. Demgegenüber sind wir zugleich konfrontiert mit einem ganz anderen informationsgesellschaftlichen Entwicklungsweg, nämlich mit einer Gründerwelle technisch neu konfigurierter, sozial aber exklusiv organisierter organisationaler Intelligenz, also Expertensystemen, proprietären Datenbanken, Unternehmensdatenmodellen usw.; dafür stehen zum Beispiel die Expertokratie der Atomenergiekommission, die global operierenden multinationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, also Beratungsunternehmen mit singulärer Expertise wie die Arthur Anderson Consulting, McKinsey oder Booz, Allen & Hamilton, oder auch im globalen Finanzsystem die Expertenstruktur der Bonitätsprüfung (das Rating) von prospektiven Schuldern, die sich zwei internationalen Informationskonzernen gehörende Firmen aufteilen (Moody`s Investors Servicer und Standard & Poor Ratings Group), die jährlich jeweils ein Volumen von ca. 3 Billionen Dollar Schulden begutachten (Firmen, Staaten, Kommunen, Regionen usw.) und deren Expertiseeinsatz nicht selten über Leben und Tod entscheidet. Zu solcher Organisationsintelligenz gehören aber auch z.B. die berühmten Suchmaschinen mit ihren geheimgehaltenen Algorithmen, die uns nach unverhohlen mittelalterlicher Manier vormachen, das Wissen der Menschheit sei nach selbstverständlichen Begriffspyramiden klassifizierbar und dank Alta Vista maschinell neu geordnet in Sekundenschnelle ergreifbar. Das heisst: daß Wissensbestände umfassend und definitiv der öffentlichen Verfügung entzogen werden und ihre Erzeugungs- und Nutzungskosten prohibitive Größenordnung angenommen haben, kann die Hochschulen als öffentliche Stätten organisationaler Intelligenz nicht unberührt lassen. Eine Hochschulpoltik, die das Ziel aufgegeben hat, daß die wissensbasierte Infrastruktur der Gesellschaft ein öffentliches Gut sein muss, verdient den Namen Politik nicht; hier geht es darum, daß der »allseits beschworene, allumfassende Zugriff auf Informationen ... eine neue Renaissance der Geheimhaltungspolitik« schafft – »User oder Bürger bekommen zwar vieles, was sie wünschen, aber nicht alles, was sie brauchen.« (R. Maresch (Hg.), Medien und Öffentlichkeit, 1997, S.207). Es geht also nicht nur, aber auch um Zugang, kompetente Selektion, Bildung und sinnvoll eingesetztes Kapital – mir persönlich würden eine knappe Handvoll Eurofighter oder als Wagniskapital sogar schon der Budgetansatz für die fabelhaften elektronischen Fesseln völlig genügen.

5. Und schließlich: im neuen Informationsraum entsteht eine neue Logik der Agglomoration, eine neue Geographie der Zentralität und Segmentation, wie sich zum Beispiel gut bei Saskia Sassen nachlesen und auch in der täglichen Nutzungs- und Gestaltungspraxis erfahren lässt. Die Hochschulen sind neue Festungen im Cyberspace – oder sind auf dem Weg dahin. Das muss ja keine schlechte Sache sein und die Umberto Eco oder Stanislaw Lem haben uns gezeigt, wie aufregend das Leben in solchen Einrichtungen sein kann. Vielleicht wird so ein Platz, den unzählige als grottenlangweilig erleben, im Zeitalter der Pull- und Push-Medien ein bisschen lebhafter, jenseits der Ödnis der Sparhaushalte und Akademieseilschaften. Mir persönlich sind Intrigen, Eitelkeiten und Berufungspossen via Internet viel sympathischer: da kann man sie weltweit sehen, abrufen und mit einem simplen Fingerdruck auf die Escapetaste aus der virtuellen Existenz ins reale Nichts befördern. Hochschulpolitisch elegante und technisch lustgenerierende Problemlösungen – auch über sie sollten wir uns heute Gedanken machen.

Diese Gedanken sollten ein Auftakt sein nicht nur für die heutige Tagung, sondern auch für den zweiten Kongress der IMD-Initiative, der vom 12.-14. Juni 1998 an der Universität Frankfurt a. M.stattfinden wird und zu dem wir herzlich einladen. Es wird eine dreistellige Zahl von gewißlich streitsüchtigen Referenten und ReferentInnen die Entwicklung der letzten Jahre bilanzieren und die Gelegenheit des Wahljahres nutzen, politische Positionen zu formulieren und zur Weiterbearbeitung vorzulegen. Wir würden uns freuen, wenn sie mit uns diese Veranstaltung ausarbeiten und durchführen würden.

Zur Krise der Hochschule

Über die Industrialisierung des Wissenschaftsbereichs – die Informationsgesellschaft als Vollendung des industriellen Projekts

Dr. Martin Rost, Warder/Kiel

Ich möchte drei Bemerkungen zum Kontext vorausschicken, in dem die Hochschulen bzw. das Wissenschaftssystem meiner Ansicht nach stehen. Dann komme ich auf die aktuelle Situation der Wissenschafts- und Hochschulkrise zu sprechen.

1. Die *Informationsgesellschaft* wird politisch gern noch immer als Vision ausgewiesen. Dabei ist sie lange schon Realität. Die Mechanisierung des Buchdrucks, die bekanntlich mit Gutenberg etwa um 1450 ihren Ausgang nahm, war eine grundlegende Voraussetzung dafür, daß in gedruckten Texten so etwas wie ein überbordend-luxurierender Kollektivdiskurs zur Deutung und Veränderung der Welt entstehen konnte. Die Entwicklung von Werkzeug- und Dampfmaschine, mit der die Industrielle Revolution einherging, gründen auf Verwendung von Artikeln und Büchern, die allgemein zugänglich waren und sich an ein anonymes Lesepublikum richteten (vgl. Giesecke 1990; 1992).

Was bislang allerdings noch aussteht, ist die Vervollständigung der *Industrialisierung der Informationsgesellschaft*. Insbesondere die Wissenschaftler und Autoren, die Lektoren, Künstler, die Apotheker und Pharmazeuten, Rechtsanwälte, Richter und Staatsanwälte, Ingenieure, Lehrer, Manager, Politiker, aber auch die Informatiker und Programmierer arbeiten allesamt in ihren Bereichen in weitgehend vor-industrialisierten, zunftartig organisierten Produktionsverhältnissen.

2. Und wir haben sie ja ebenfalls längst, die von den technikphoben Literaten und Essayisten genüßlich projezierte Apokalypse namens *Informationsflut*. Die Informationsflut entstand nicht erst mit PC und Datennetzen. Beschränkt man sich allein auf die Publikationen im wissenschaftlichen Bereich, so zählte man beispielsweise um 1800 etwa 100 wissenschaftliche Journale, um 1900 waren es bereits 10 Tausend, am Ende des 20. Jahrhunderts werden es knapp 1 Million sein (vgl. Wiers 1994: 1-9). Und in dieser Zählung sind die wissenschaftlichen Bücher noch nicht enthalten! Etwa alle 16 Jahre verdoppelt sich derzeit die Anzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen (s. Cummings 1992).